

Kleine Anfrage 1018

der Abgeordneten Barbara Richstein
CDU-Fraktion

an die Landesregierung

Medien- und Pressearbeit

Laut Medienberichten hatte der Regierungssprecher am 01. September 2010 zu einem Hintergrundgespräch im Auftrag der SPD Brandenburg eingeladen. Im Rahmen des Gespräches wollte der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Matthias Platzeck ausgewählten Journalisten die anstehenden Sparbeschlüsse erläutern. Einzelnen Journalisten, die für landesweite Medien berichten, soll unter Androhung von Polizeigewalt der Zugang verwehrt worden sein. Nach massivem öffentlichen Protest, auch vonseiten von Journalisten, erklärte der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Matthias Platzeck, es handele sich um einen Fehler und dies dürfe nicht wieder vorkommen.

Am 14. Dezember 2010 berichteten Medien über angebliche E-Mails des Regierungssprechers vom Oktober 2009. Darin habe er, so die Medien, gegenüber den Parteichefs von SPD und Linken über eine mögliche Kommunikationsstrategie für die sich anbahnende rot-rote Koalition gesprochen. Wörtlich soll Braune darin einzelne Journalisten als „Störer“ bezeichnet haben, deren Abwehr mit dem Generalsekretär der SPD Brandenburg, Klaus Ness, abgestimmt sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die oben genannte E-Mail bekannt?
2. Sind der Landesregierung weitere E-Mails bekannt, in denen sich der Regierungssprecher mit Vertretern von SPD und Linken hinsichtlich parteipolitischer Belange austauscht?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Bezeichnung von Journalisten als Störer, deren Erstabwehr mit dem Generalsekretär der SPD abgestimmt sei?
4. Wäre die in der E-Mail erwähnte Tätigkeit mit dem Amt eines Regierungssprechers vereinbar?
5. Welche Konsequenzen würde die Landesregierung aus einer solchen in der E-Mail erwähnten Tätigkeit des Regierungssprechers ziehen?
6. Sieht die Landesregierung einen Widerspruch zwischen dem Inhalt der E-Mails und der Tätigkeit des Regierungssprechers?
7. Kann die Landesregierung ausschließen, dass der Regierungssprecher entsprechende E-Mails in seiner Dienstzeit geschrieben hat?
8. Sieht die Landesregierung einen Widerspruch zwischen dem Inhalt der E-Mails und den Aussagen des Ministerpräsidenten, die Einladung durch den Regierungssprecher zu einem Hintergrundgespräch sei ein Fehler, der sich nicht wiederholen dürfe?

Datum des Eingangs: 20.12.2010 / Ausgegeben: 21.12.2010